

Der Arbeitskreis der IGM Wolfsburg „ARBEITSLOS-NICHT WEHRLOS“



Auf
Recht
bestehen



Gegenüberstellung „AufRecht bestehen“ und Wahlprogramme der Parteien








<p>die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation</p>	<p>Prinzip des Forderns und Förderns erhalten</p>	<p>Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln.</p>	<p>die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation</p>	<p>keine Angaben dazu</p>	<p>neues Arbeitslosengeld Plus (ALG Plus) ein mindestens 30 Jahre in der Arbeitslosenversicherung versichert waren, erhalten einen unbefristeten Anspruch 1.200 Euro (netto)</p>	<p>Ein Arbeitnehmer, der nach langen Jahren der Erwerbstätigkeit arbeitslos wird, hat im Regelfall nur Anspruch auf ein Jahr Arbeitslosengeld I. Anschließend erhält er Arbeitslosengeld II wie ein Arbeitsloser, der noch nie zuvor in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. Dies stellt eine Geringschätzung der langjährigen Beitragszahler dar. Die AfD setzt sich für eine Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung ein. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, um unterschiedliche Erwerbsbiografien bei Arbeitslosigkeit auch differenziert zu behandeln.</p>
<p>Nach sechsmonatiger Beschäftigung besteht ein Anspruch auf reguläre Versicherungsleistungen.</p>	<p>keine Angaben dazu</p>	<p>Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen</p>	<p>bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen</p>	<p>keine Angaben dazu</p>	<p>Regelanwartschaftszeit von 12 Monaten wollen wir auf vier Monate absenken</p>	
<p>Das System SGB II wird abgeschafft mit dem Ziel einer gemeinsamen, mit denselben Rechten versehenen Arbeitsförderung für Menschen im Rahmen des SGB III</p>	<p>keine Angaben dazu</p>	<p>Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld entwickeln.</p>	<p>Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum</p>	<p>Liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen</p>	<p>Die Höhe des ALG Plus entspricht 58 Prozent des Nettoentgelts plus Inflationsausgleich. Das ALG Plus verhindert künftig, dass Erwerbslose nach einem Jahr Arbeitslosengeld ins Bodenlose fallen und bei Hartz IV landen</p>	

						
<p>Die aktuell im SGB II und im SGB III geltenden Zumutbarkeitsregeln werden grundlegend überarbeitet</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Die Sanktionen bzw. die Sperrzeiten im SGB II und SGB III werden abgeschafft und es soll keinen anderen Zwang zur Aufnahme einer Tätigkeit oder einer Maßnahme geben.</p>	<p>Deshalb werden wir auch die Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten.</p>	<p>Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein.</p>	<p>Sie schafft durch die Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft</p>	<p>Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen</p>
<p>Beratung, Arbeitsvermittlung und Qualifizierung werden strikt von allen Geldleistungen getrennt</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit. Das schließt auch das Recht ein, eine konkrete Arbeit abzulehnen. Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine bestimmte Erwerbsarbeit anzunehmen</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>

<p>Jede*r hat Anspruch auf eine umfassende soziale Beratung, sowohl durch die Behörde als auch zusätzlich durch unabhängige Beratungseinrichtungen</p>	<p>Wir werden in den Jobcentern eine persönliche Begleitung mit niedrigem Betreuungsschlüssel ermöglichen und eine Offensive im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung starten. So können die Stärken und Fähigkeiten von Langzeitarbeitslosen besser erkannt und gefördert werden.</p>	<p>Das Ziel muss sein, die hilfsbedürftige Lebenslage gemeinsam zu bezwingen und allen eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen. Wir setzen auf eine umfassende und passgenaue Unterstützung, die die gesamte Bedarfsgemeinschaft in den Blick nimmt - auf Qualität und gute Netzwerke statt auf eine reine Kennzahlenlogik. Wir werden die gesetzlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter so verbessern, dass die Jobcenter und ihre Beschäftigten diesem Auftrag nachkommen können. Wir schaffen das Recht auf Förderung beim Nachholen eines Berufsabschlusses und führen einen Weiterbildungs-Bonus ein, der die finanziellen Spielräume spürbar erweitert</p>	<p>Sie schafft durch die Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. Es gilt der Grundsatz „Gute Arbeit“ und es darf keine Vermittlung in prekäre Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Leiharbeit) erfolgen.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Jede*r hat Anspruch auf eine Bildungs und Integrationsberatung mit genauen Informationen über Förderungsmöglichkeiten für eine gewünschte Berufslaufbahn sowohl durch die Behörde als auch zusätzlich durch unabhängige Beratungseinrichtungen.</p>	<p>Qualifizierungsmaßnahmen sind dabei einer schnellen Vermittlung in eine Helfertätigkeit vorzuziehen</p>					

						
<p>Recht auf monatlich mindestens 600 EURO</p>	<p>Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird es mit uns aber nicht geben</p>	<p>Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen</p>	<p>die Regelsätze schrittweise anheben, sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen</p>	<p>Liberalen Bürgergeld einen einheitlichen Satz für alle erwachsenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher – unabhängig vom Beziehungsstatus. Bei Rückforderungen durch die Jobcenter führen wir eine Bagatellgrenze für Kleinstbeträge ein</p>	<p>Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro Mindestsicherung muss sie derzeit 1.200 Euro betragen</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Die Anschaffungen von Haushaltsgeräten (sogenannte „weiße Ware“)</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Das Bürgergeld muss absichern, dass eine kaputte Waschmaschine nicht zur untragbaren Last werden</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Kühlschrank und Waschmaschine sind nicht vom Regelbedarf abzudecken. Ihre Anschaffung muss im Bedarfsfall voll übernommen werden.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Die Kosten für Brillen werden übernommen</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffene und Sozialverbände mit einbeziehen.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Bei allen Leistungsberechtigten wird ein Strombudget bis 2.000 kwh (ohne Heizstrom) bzw. das Gas für kochen</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffene und Sozialverbände mit einbeziehen.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>

						
<p>Die Freigrenze von Vermögen beträgt mindestens 60.000 Euro</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre nicht überprüft werden und das Schonvermögen erhöht wird.</p>	<p>Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer Selbstauskunft geprüft</p>	<p>Das betrifft insbesondere das Altersvorsorge-Vermögen, die selbst genutzte Immobilie und das für die Erwerbstätigkeit benötigte angemessene Kraftfahrzeug</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>
<p>Generell wird Erwerbseinkommen bis zur Höhe von 200 Euro (Grundfreibetrag) nicht angerechnet, darüber hinaus gilt ein Freibetrag von 30 %</p>	<p>Die Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg aus Hartz IV zu fördern</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Die Anrechnung von Einkommen werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu einem spürbar höheren Einkommen führt</p>	<p>wollen bessere Hinzuverdienstregeln beim Alg. II Das Einkommen von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, soll bis zur Höhe eines Minijobs gar nicht angerechnet werden</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes Lohnabstandsgebot</p>
<p>Der Mindestlohn wird deutlich auf mindestens 13 Euro erhöht.</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro</p>	<p>Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht.</p>	<p>Mindestlohn beibehalten ohne Höhe zu nennen</p>

						
<p>Kindergrundsicherung</p>	<p>Wir haben die finanzielle Situation von Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.</p>	<p>Der monatliche Basisbetrag dieses neuen Kindergeldes wird bei zirka 250 Euro liegen. Der Höchstbetrag wird sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der Basisbetrag</p>	<p>Unser Vorschlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue eigen-ständige Leistung zusammenzufassen. Mit der Kindergrund-sicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit geringen oder gar keinem Ein-kommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-Betrag. Je niedriger das Familien-einkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag.</p>	<p>Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket</p>	<p>Wir erhöhen das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich armen Familien erhalten zusätzlich zum Kindergeld einen altersgestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro</p>	<p>Das Kindergeld soll beibehalten, Missbrauchsmöglich-keiten müssen aber unterbunden werden. So ist zum Beispiel für im Ausland lebende Kinder nur der dort übliche Betrag zu zahlen.</p>
<p>Wohnen KdU</p>	<p>Insbesondere Personen, die auf ein langes Arbeitsleben zurückschauen können, empfinden einen Wohnungs-wechsel bei Beantragung von Grundsicherungsleistungen als zutiefst ungerecht. Deshalb wollen wir vertraute Wohnsituationen</p>	<p>Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre nicht überprüft werden</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>	<p>Die Kosten der Unterkunft und Heizung in einem Maße übernommen werden, dass dem tatsächlichen Angebot an Wohnungen vor Ort entspricht</p>	<p>keine konkreten Angaben dazu</p>

Die IG Metall fordert den Versicherungsschutz auszubauen – Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung:

- **Verlängerung Bezugsdauer ALG I bis zu 36 Monate gestaffelt nach Alter**
- **Ausweitung der Rahmenfrist auf 36 Monate**
- **Verlängerung des ALG I-Anspruchs durch die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen**
- **Weiterentwicklung der Weiterbildungsprämien zu einem anrechnungsfreien Weiterbildungsgeld**
- **einen Mindestlohn über 12 Euro und Verstärkung der Kontrollen**
- **Ebenso tritt die IG Metall dafür ein, das System Hartz IV endlich durch eine solidarische Grundsicherung zu überwinden.**

Hier bedarf es neuer Grundlagen für die Leistungsbemessung sowie einer Überwindung des bestehenden Sanktions- und Zumutbarkeitsregimes.

